



Presseschau vom 24.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Russinnen altern schneller als Chinesinnen? Journalist nennt interessante „Ursache“**

Russland ist bekannt für seine hübschen Frauen. Doch Schönheit ist vergänglich. Das weiß auch ein Journalist des chinesischen Portals „Sohu“ und behauptet, russische Frauen würden früher altern als Chinesinnen. Er hat auch seine eigene These parat, die das erklären soll. Russische Frauen werden schneller alt, weil sie sich nach der Heirat vollkommen der Familie widmen und von diesem Moment an ihr Äußeres vernachlässigen – so die Ansicht des Chinesen. Aber damit nicht genug – auch umweltbedingte Faktoren machen den Russinnen das Leben schwer.

„Wie wir alle wissen, ist der Norden Russlands das ganze Jahr über ein ziemlich kalter Ort. Diesem Klima ausgesetzt, wie die Frauen im Nordosten Chinas, sind es Russen gewohnt, zur kalorienreicher Nahrung wie Fleisch und Süßigkeiten zu greifen.“

Dies führe allerdings zu Übergewicht und sei im Hinblick auf ihre genetischen Vorteile problematisch.

„Die Russen gehören der ostslawischen Volksgruppe an. Deshalb sind sie so groß und hellhäutig. Das ist von Natur aus ein Vorteil, aber sobald sie zunehmen, ist es ein Desaster“, fügte der Journalist hinzu.

Diese Nachteile würden sie für die chinesischen Männer weniger attraktiv machen. Aber der Experte weiß Rat: Russinnen sollten mehr Sport treiben, um dem frühzeitigen Altern

vorzubeugen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images//32602/51/326025104.jpg>

de.sputniknews.com: **Jelzins Ex-Berater verrät, warum gerade Putin zum Nachfolger gewählt wurde**

Warum wählte der erste russische Präsident, Boris Jelzin, gerade Wladimir Putin zu seinem Nachfolger? Auf diese Frage hat Walentin Jumaschew, ehemaliger Berater Jelzins, der heute auch als Putins Berater tätig ist, geantwortet.

Ausschlaggebend für Jelzins Entscheidung sei Putins Alter gewesen – der heutige russische Präsident war im Jahr 1999 47 Jahre alt.

„Jelzin war der Meinung, dass die Generation der Menschen, die im Jahr 1991 45 bis 50 Jahre alt waren, gehen sollte. Man könne Russland diesen Menschen nicht überlassen, die zu viel Sowjetisches in sich hatten“, sagte Jumaschew in einem Interview mit dem Journalisten Wladimir Posner.

Jelzin habe in Putin einen Menschen gesehen, der einer anderen Generation angehörte und der seine liberalen Reformen, die mit der Marktwirtschaft verbunden waren, fortführen würde.

Putins Zögern

Putin hatte sich im Sommer 2017 in einem Interview mit US-Regisseur Oliver Stone daran erinnert, wie ihm vor 20 Jahren angeboten wurde, Regierungschef und Präsidentschaftskandidat zu werden.

Als Jelzin ihm das Amt angeboten habe, sei er sich nicht sicher gewesen, dass er dafür bereit sei, sagte Putin. „Ich sagte, dass das eine große Verantwortung sei und mein ganzes Leben ändern würde, und dass ich mir nicht sicher sei, dazu bereit zu sein.“

Dabei habe er sich große Sorgen um seine Familie gemacht: „Mir ging damals nur ein Gedanke durch den Kopf: Wo ich meine Kinder verstecke. Stellen Sie sich das nur vor: Ich bin entlassen und habe keine Wächter mehr. Wie soll ich dann die Sicherheit meiner Familie gewährleisten?“

Er wisse bis heute nicht, warum Jelzin ihn damals gewählt habe, gestand der russische Staatschef.

Putins Wahl

Putin war am 9. August 1999 zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Als Jelzin am 31. Dezember des gleichen Jahres überraschend sein Amt niederlegte, übernahm Putin verfassungsgemäß auch die Amtsgeschäfte des Präsidenten. Am 26. März 2000 fanden neue Präsidentschaftswahlen statt, die Putin im ersten Wahlgang mit 52,9 Prozent der Stimmen gewann. Seitdem wurde er 2004 und 2012 wiedergewählt.

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK:

Am 23. November 2019 wurden **keine Beschüsse auf das Territorium der LVR** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Alexanderplatz: Russischer Projektentwickler baut Berlins höchsten Turm**

Der russische Projektentwickler Monarch baut am Berliner Alexanderplatz den ersten 150-Meter-Wohnturm. Am 27. November soll es losgehen. Der erste Spatenstich wird in Anwesenheit von Berlins Bürgermeister Michael Müller erfolgen. Das teilte das Unternehmen am Freitag mit.

Das großangelegte Projekt „Alexander Berlin’s Capital Tower“ soll 150 Meter in die Höhe ragen und 35 Stockwerke umfassen – von denen 29 für Wohnungen reserviert sind.

Laut dem Vermarkter Bewocon werden Einraumwohnungen mit 30 Quadratmetern bis hin zu geräumigen Apartments mit einer Fläche von bis zu 250 Quadratmetern entstehen. Auf zwei Etagen soll es zudem eine Club-Lounge, ein Kino, einen Pool mit Fitness-Bereich, ein Spa sowie ein Restaurant und Konferenzräume geben.

Der Alexander Tower ist damit das erste von mehreren geplanten Hochhäusern am Alexanderplatz, das tatsächlich gebaut wird. Bereits seit den Neunzigern sind Hochhausneubauten in diesem Teil der Stadt geplant, wurden bisher aber nicht realisiert. Immer wieder wurden die Pläne geändert. Auch der Baustart für den Alexander Tower sollte nach dem Willen des Investors bereits 2016 stattfinden, die Eröffnung im Jahr 2019. Doch es kam immer wieder zu Verzögerungen.

Investor und Projektentwickler

Hauptinvestor des Hochhauses ist Sergey Hambarzumyan mit einem einen Unternehmensanteil von 76 Prozent. Er war von 2003 bis 2007 stellvertretender Leiter der Stadtplanung für Moskau und von 2007 bis 2011 Berater des Leiters der Baubehörde. Er war unter anderem an den Wiederaufbauarbeiten der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau beteiligt.

Der Konzern „Monarch“ wurde offiziell 2003 gebildet und erhielt in den Folgejahren eine Reihe von sehr lukrativen Großaufträgen aus öffentlicher Hand – darunter das Regierungsgebäude der Moskauer Stadtduma.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 23. November 3:00 bis 24. November 3:00

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: **in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9.** Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Spartak, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Stadtteile „Oktjabrskij“), Staromichajlowka, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Krutaja Balka, Kominternowo.**

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bis nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 67.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm

nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 40.

Ab 01:01 am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Trumps Sicherheitsberater: Nato braucht keinen Konflikt mit Russland wegen Ukraine**

Der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert Charles O'Brien, hat bei einem Sicherheitsforum in Halifax, Kanada, über die Vermeidung eines direkten Konflikts mit Russland gesprochen. Laut O'Brien kommt die Ukraine als Bündnispartner deshalb nicht in Frage.

Im Rahmen des Sicherheitsforums wurde O'Brien die Frage gestellt, ob die Nato aktive Maßnahmen zur Verteidigung der Ukraine vor der „russischen Aggression“ ergreifen sollte. „Was die Nato und die Ukraine anbetrifft, so denke ich nicht, dass das momentan auf der Tagesordnung steht. Russland befindet sich mit der Ukraine faktisch in einem Konflikt. Ich glaube nicht, dass es für die Nato von Interesse wäre, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen und damit einen direkten Konflikt mit Russland zu beginnen“, sagte der Sicherheitsberater.

Er fügte hinzu, im Westen wolle man keinen Konflikt mit Russland, die Nato sei dazu geschaffen worden, um solche Probleme zu vermeiden. O'Brien bestätigte die Position der US-Regierung, in der Auseinandersetzung mit Russland „an der Seite der Ukraine“ zu stehen. Moskau hatte mehrmals erklärt, am Ukraine-Konflikt nicht beteiligt zu sein.

Das ukrainische Parlament hatte zuvor einen Verfassungszusatz verabschiedet, der eine Annäherung an die EU und die Nato vorsieht. Dabei hatte der EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn, klar gemacht, ein EU-Beitritt der Ukraine sei in den nächsten Jahren unrealistisch.

Das ukrainische Parlament hatte 2016 den Beitritt zur Nato zu einem wichtigen außenpolitischen Ziel des Landes erklärt. Die Ukraine will bis 2020 ihre militärische Kapazität an die Nato-Richtlinien anpassen. Der ehemalige Generalsekretär des Atlantischen Bündnisses Anders Fogh Rasmussen hatte in der Vergangenheit erklärt, dass die Ukraine noch eine Reihe von Bedingungen erfüllen müsse, bis eine Nato-Mitgliedschaft möglich sei. Experten gehen davon aus, dass die Ukraine dieses Ziel in den nächsten 20 Jahren nicht werde erreichen können.

Novorosinform.com: **Ukrainische Nazis bereiten einen Terroranschlag im Werk „Asowstal“ in Mariupol vor**

Die ukrainischen Nazis planen einen Terroranschlag im Eisen- und Stahlwerk „Asowstal“ in Mariupol. Das Management des Unternehmens verstärkte die Sicherheit und das Zulassungsregime für das Werksgebiet. Dies wurde heute im Pressedienst der Volksmiliz der DVR berichtet.

„Der Leiter der SBU-Abteilung in der Region Donezk in Mariupol hielt ein dringendes Treffen mit den Leitern der Strafverfolgungsbehörden ab, bei dem er Informationen über die Vorbereitung auf einen Angriff auf das Hüttenwerk „Asowstal“ Mariupol durch ukrainische Extremisten übermittelte. In diesem Zusammenhang haben wir erhöhte Sicherheitsmaßnahmen der Einrichtung und Zugangskontrolle festgestellt“, heißt es in dem Bericht.

Nach Angaben des MfS der DVR führte das Unternehmen Notfall-Schulungen für Mitarbeiter durch, an denen unter anderem Strafverfolgungsbeamte und Angehörige der Notfalldienste beteiligt waren.

Gestern wurde bekannt, dass die ukrainischen Nazis eine Gruppe von Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Gorlowka erschossen haben. Zuvor warnte die Armeeführung der DVR vor einer möglichen Sabotage der ukrainischen Streitkräfte in einem Chemiewerk.

de.sputniknews.com: **US-Außenministerium fordert Facebook- und Twitter-Sperre für iranische Behörden**

Der US-Sonderbeauftragte für den Iran, Brian Hook, hat das soziale Netzwerk Facebook, den Kurznachrichtendienst Twitter und die Plattform Instagram via Twitter am Samstag dazu aufgefordert, die Accounts der iranischen Führung vor dem Hintergrund der Internetblockade im Land zu sperren.

„Das ist ein äußerst heuchlerisches Regime. Es schaltet das Internet ab, während die Regierung weiterhin alle Konten in den sozialen Netzwerken nutzt. Also eines der Dinge, die wir fordern, ist, dass Unternehmen wie Facebook, Instagram und Twitter die Konten des Obersten Führers (Ayatollah Ali – Anm. d. Red.) Hamenei, des Außenministers (Mohammed Dschawad – Anm. d. Red.) Sarif und des Präsidenten (Hassan – Anm. d. Red.) Rohani sperren, bis sie das Internet für ihr eigenes Volk wieder zugänglich machen“, so Brian Hook in einer Erklärung, die auf dem Twitter-Account des US-Außenministeriums veröffentlicht wurde.

Ihm zufolge hat jetzt das Regime das Internet abgeschaltet, weil es versucht, alle Todesfälle und die Tragödie zu verbergen, die es Tausenden von Demonstranten im ganzen Land beschert hat.

US-Sanktionen gegen iranischen IT-Minister

Zuvor am Freitag hatte das Amt für ausländische Vermögenskontrolle (OFAC) des US-Finanzministeriums Sanktionen gegen den iranischen Telekommunikationsminister Mohammad Javad Azari-Jahromi verhängt. Das Finanzministerium in Washington teilte mit, etwaiger Besitz des Ministers in den USA werde eingefroren, Geschäfte mit ihm seien untersagt.

Azari-Jahromi habe die repressive Internetzensur vorangetrieben und sei auch an der Überwachung von Oppositionellen beteiligt gewesen, lauten die US-Vorwürfe.

Der Minister hat die Kritik der USA an seiner Internet-Politik während der politischen Unruhen im Land zurückgewiesen.

„Ich werde weiterhin den Zugang zum Internet befürworten“, schrieb er am Samstag auf Twitter.

Auch das iranische Außenministerium erklärte, dass die Freiheit im Internet für Washington keine Rolle spiele.

Landesweite Proteste

Die Proteste gegen die Rationierung und Verteuerung von Benzin im Iran sind mancherorts friedlich abgelaufen. Berichten zufolge ist es jedoch in einigen Städten zu Unruhen gekommen. Dabei hätten sowohl die Unruhestifter als auch die Sicherheitskräfte Verluste beklagen müssen, hieß es.

Der Nationale Sicherheitsrat sperrte am vergangenen Samstag das Internet. Auch nach Aufhebung der Blockierung gab es am Freitag weiterhin massive Probleme mit der Internetverbindung.

Präsident Hassan Rohani warf den USA und Israel vor, die Unruhen organisiert zu haben, die darauf abzielen sollten, die Sicherheit des Iran zu unterminieren.

Iranische Sicherheitskräfte haben bei den landesweiten Protesten nach Informationen von Amnesty International mindestens 115 Menschen gesetzwidrig getötet.

Die Führung des Irans hat bisher keine Angaben bezüglich der Zahl von Toten und Verletzten gemacht.

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 24.11.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer 12 Mal das Feuer auf Gebiete von Ortschaften der Republik eröffnet.

In Richtung Gorlowka haben Strafsoldaten Schapowalows aus der 59. Brigade das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In Richtung Donezk haben die Kämpfer Martschenkos aus der 28., Iwanows aus der 56. und Kokorjews aus der 92. Brigade der BFU die Gebiete von **Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabtischewo, Spartak, Oktjabrskij, Alexandrowka, Staromichajlowka und des Flughafens von Donezk** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer des kommissarischen Kommandeurs der 128. Brigade Gontscharuk und des Kommandeurs der 10. Brigade Subanitsch die Gebiete von **Dokutschajewsk und Kominternowo** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 67 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Im Zusammenhang mit dem Beschuss eines Fahrzeugs vom Typ „SIL-131“ am 21. November durch ukrainische Nationalisten, in dessen Folge ein Soldat der 59. Panzergrenadierbrigade starb und drei verletzt wurden, hat der Stab der OOS eine Überprüfung aller Raketenartilleriewaffenlager auf Buchhaltung, Lagerhaltung und Vorhandensein von Antipanzerlenkraketen initiiert. Bereits in der Anfangsetappe der Überprüfung durch Mitarbeiter der militärischen Rechtsordnungsdienstes wurde ein Fehlbestand von 22 Antipanzerlenkraketen im Raketenartilleriewaffenlager des 501. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade entdeckt.

Am nächsten Tag nach der Entdeckung des Diebstahls von Lenkraketen hat der Leiter der Abteilung des SBU in der Donezker Oblast außerplanmäßig eine Versammlung mit den Leitern der militärischen Behörden in Mariupol durchgeführt, bei der Informationen über die Vorbereitung eines Terroraktes durch ukrainische Extremisten im Mariupoler Metallkombinat „Asow Stal“ bekannt gegeben wurden. In diesem Zusammenhang haben wir eine Verstärkung der Bewachung des Objekts und des Passierregimes festgestellt. Mit den Mitarbeitern des Werks wurde ein Training zur Verhütung und Liquidierung von Notfallsituationen verschiedenen Charakters durchgeführt. Bei den Übungen wurden auch Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane und der Notfalldienste eingesetzt.

So spitzen die ukrainischen radikalen Extremisten weiter die Lage nicht nur in der Nähe der Kontaktlinie, sondern auch in den frontnahen Bezirken zu und demonstrieren so ihre vollständige Unkontrolliertheit und die Unfähigkeit des Kommandos der OOS, die Situation zu korrigieren.

Auf diesem Hintergrund klingt die Erklärung des Verteidigungsministers der Ukraine A. Sagorodnjuk absurd, in der er die Volksmilizen der Eskalation der Spannung im Donbass beschuldigt. Diese lautstarke und unbegründete Beschuldigung ist dadurch hervorgerufen, dass eine weitere Verschärfung der Lage, die durch die Aktivierung ukrainischer Radikaler hervorgerufen ist, zu einem Scheitern des Treffens des „normannischen Formats“ am 9. Dezember und zu einem Verlust des Vertrauens der internationalen Gemeinschaft nicht nur

zum Kommando der OOS, sondern auch zur Führung der Ukraine im ganzen führen kann. Die im Rahmen der Rotation in der OOS-Zone eingetroffene 10. Luftsturmbriade hat kein sehr freudiger Empfang von Seiten des Personals der 36. Marineinfanteriebrigade, die zum ständigen Stationierungspunkte in Nikolajew abzogen, erwartet. Trotz der Vereinbarungen zwischen den Kommandos der Verbände und eine unentgeltlicher Übergabe der ausgerüsteten Positionen und Unterstände übergeben die Kommandeure der Einheiten dem eingetroffenen Personal das Material und die Ausrüstung nur gegen Geld. Im Fall der Weigerung zu zahlen wird aus den Unterständen alles Material von Heizgeräten und Holzbelägen bis zu Kohle und sogar Brennholz entfernt. Es wurden Fälle festgestellt, dass die Unterstände und Zugstützpunkte vollständig leergeräumt wurden. Es sind bereits massenhaften Beschwerden von Soldaten des 109. Bataillons der 10. Brigade über die „Ausschreitungen“ von Seiten der Marineinfanteristen zu bemerken, durch deren Schuld sie in verlassene und nicht heizbare Unterkünften einziehen müssen.

de.sputniknews.com: **Vor Normandie-Treffen: Deutschland und Ukraine einigen sich auf gemeinsame Position**

Der ukrainische Verteidigungsminister Andrej Sagorodnjuk und der Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium, Benedikt Zimmer, haben sich am Sonntag im Rahmen des 11. Sicherheitsforums in Halifax (Kanada) zum anstehenden Treffen im „Normandie-Format“ geäußert, teilt das ukrainischen Verteidigungsministerium auf seiner Webseite mit. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft sollen die Themen Donbass und Sicherheit im Schwarzmeerraum stehen.

„Die Seiten haben die Sicherheit in der Schwarzmeer-Region und eventuelle Risiken des bevorstehenden Treffens im ‚Normandie-Format‘ besprochen. In diesem Kontext wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, eine gemeinsame starke Position bei diesem Treffen zu vertreten“, heißt es.

Wie der Elysée-Palast zuvor mitteilte, wird das Treffen der Staatschefs des „Normandie-Formats“ am 9. Dezember in Paris stattfinden.

Das deutsche Ministerkabinett bestätigte, dass Kanzlerin Angela Merkel daran teilnehmen wird. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bekräftigte ebenfalls, dass der Normandie-Gipfel am 9. Dezember stattfindet.

In der Mitteilung des ukrainischen Verteidigungsministeriums geht es auch um einen möglichen Ukraine-Besuch einer deutschen Delegation Anfang 2020.

Konflikt in der Ostukraine

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich vom Februar in Kiew nicht anerkannt und zuerst mehr Selbständigkeit gefordert und dann unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Trotz der vereinbarten Waffenruhe kommt es immer wieder zu Zusammenstößen in der Region. Nach neuesten UN-Angaben sind rund 13.000 Menschen dem Konflikt zum Opfer gefallen.

Die Frage der Donbass-Regelung wird unter anderem bei Gesprächen der zuständigen Kontaktgruppe in Minsk erörtert, die seit September 2014 bereits drei Dokumente zur Deeskalation des Konfliktes beschlossen hat.

Das „Normandie-Format“ der Ukraine-Verhandlungen existiert seit Juni 2014, als die Staatschefs von Russland, der Ukraine, von Frankreich und Deutschland bei den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Landung der Alliiertentruppen in der Normandie zum ersten Mal über die Beilegung des Konfliktes im Donbass gesprochen haben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30713/47/307134749.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse des Territoriums der LVR von Seiten der BFU festgestellt.

Die ukrainischen Streitkräfte stationieren weiter Waffen und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie. So hat unsere Aufklärung die Stationierung von zwei Schützenpanzern und einem Schützenpanzerwagen der 14. Brigade im Gebiet von Krjakowka festgestellt.

Außerdem bestätigt die OSZE-Mission Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Golubowskoje, wo ein Beschuss von den Positionen der 14. Brigade mit Granatwerfern festgestellt wurde.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Mitglieder der Bewegung „Keine Kapitulation“ am 20. November im Gebiet von Priwolje ein Militärfahrzeug des 38. Raketenregiments angehalten, in dem sich der Leiter der Kommunikation des Regiments Marjor A.W. Tschalowskij und ein Fahrer befanden.

Nach der Entwaffnung der sich im Fahrzeug befindenden Personen teilten die Angreifer mit, dass der Offizier der ukrainischen Streitkräfte als Geisel genommen und ausgetauscht oder nach der Freilassung des am 19. November von den Rechtsschutzorganen im Solotoje festgenommenen Vertreters der Lwower Filiale der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ S. Iwanow freigelassen werden wird. Danach wurde der Fahrer von den Angreifern mit dem Fahrzeug zurück in den Truppenteil geschickt, um die Forderungen der Nationalisten zu überbringen. Der Aufenthaltsort des Offiziers ist derzeit unbekannt, nach ihm suchen Mitarbeiter des SBU und der Polizei.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde S. Iwanow von der Lwower Abteilung der „Ukrainischen Freiwilligenarmee“ von den Rechtsschutzorganen der Ukraine beim Versuch festgenommen, mit einer Waffe (einem Scharfschützengewehr) auf das Gebiet von Solotoje vorzudringen. Wir schließen nicht aus, dass es die Aufgabe des Nationalisten war, Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Trennungsgebiet zu beschießen, um in der Folge die Einheiten der Volksmiliz der LVR dessen und der Sabotage des Trennungsprozesses im Gebiet dieser Ortschaft zu beschuldigen. ...

Trotz der der Realität nahe kommenden Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte greift das Kommando der Besatzungstruppen weiter zur Hilfe von inkompetenten und verlogenen Massenmedien.

So wurde nach Angaben unserer Aufklärung festgestellt, dass der Kommandeur der 72. Brigade Bogomolow die Aufgabe erhalten hat, eine Reihe provokativer Beschüsse durchzuführen, um die Soldaten der Volksmiliz der LVR zur Eröffnung des erwidernenden Feuers zu zwingen und um imitierte Gefechte im Gebiet des Trennungsabschnitts Nr. 2 bei

Solotoje durchzuführen. Außerdem arbeiten in dem genannten Gebiet Korrespondenten ukrainischen Medien, um die Szenen dieses Spektakels festzuhalten und Fake-Materialien zu erstellen.

Eine solche Aufgabe zur Erstellung inszenierter Materialien zur Beschuldigung der Volksmiliz der LVR hat auch der Kommandeur der 14. Brigade Wojtschenko erhalten. Im Gebiet von Krjakowka ist auf den Positionen der Brigade auch die Arbeit von Journalisten ukrainischer Medien festzustellen, der Pressedienst des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ koordiniert diese Arbeit.

de.sputniknews.com: **Ostsyrien: US-Militär kündigt baldigen Einsatz gegen IS-Terrormiliz an – Reuters**

Laut General Kenneth McKenzie, dem Chef des US Central Command, wird das US-Militär seinen Kampf gegen die Terrormiliz des „Islamischen Staates“ * im Osten Syriens bald fortsetzen und rund 500 Soldaten in der nächsten Zeit in der Region einsetzen. Dies meldet die Nachrichtenagentur Reuters am Sonntag.

Derzeit seien rund 500 US-Soldaten in einem Gebiet östlich des Euphrats zwischen Deir-ez-Zor und Hassaka stationiert, sagte McKenzie am Samstag in Bahrain am Rande der Sicherheitskonferenz „Manama Dialog“. Das US-Militär beabsichtige, dort zu bleiben und mit den verbündeten Syrischen Demokratischen Streitkräften (SDF) im Kampf gegen die Terrormiliz des „Islamischen Staates“ (IS; Daesh) zusammenzuarbeiten. Im Tal des Euphrats hielten sich noch immer IS-Kämpfer auf, fügte McKenzie hinzu.

Die US-Regierung hatte im Dezember vergangenen Jahres die Verbündeten mit der Ankündigung überrascht, die gesamte Truppe werde aus Syrien abgezogen. Später hieß es dann, im Nordosten des Landes blieben einige US-Soldaten, um ein Wiedererstarken der IS-Miliz und Angriffe auf die dortigen Ölfelder zu verhindern.

Türkische Offensive im Nordosten Syriens

Das Nato-Mitglied Türkei hatte Anfang Oktober eine Offensive gegen die Kurdenmiliz YPG im Nordosten Syriens begonnen, die die stärkste Kraft innerhalb des Rebellenbündnisses SDF ist. Die Führung in Ankara betrachtet die YPG als Terror-Organisation mit Verbindungen zur in der Türkei verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Ankara befürchtet ein Erstarken der Kurden jenseits ihrer Südgrenze, aber auch auf eigenem Territorium.

Der sogenannte Islamische Staat (IS) hat inzwischen fast vollständig die Herrschaft über das von ihm einst kontrollierte Gebiet in Syrien sowie im Nachbarland Irak verloren. Im vergangenen Monat töteten US-Soldaten zudem den IS-Anführer Abu Bakr al-Bagdadi. Dennoch stellen die verbliebenen IS-Kämpfer weiterhin eine Gefahr dar.

*Terrororganisation, in Deutschland und Russland verboten

de.sputniknews.com: **Wegen möglichen Kaufs von Su-35: Ägyptischer Militär empört über US-Drohungen**

Das Mitglied des Sicherheitsausschusses des ägyptischen Parlaments, General Yahya al-Kidwani, hat die Versuche der USA kommentiert, Kairo mit Sanktionen von einem möglichen Kauf von SU-35-Kampffjets in Russland abzubringen.

Derartige Drohungen seien unannehmbar und „sprengen den Rahmen der diplomatischen Normen“, weil sie „eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ägyptens“ bedeuteten, sagte der General. Er betonte, dass sein Land „selbständig Entscheidungen über Mechanismen der militärtechnischen Zusammenarbeit trifft“ und eine Diversifizierung der Rüstungsquellen anstrebe.

Der Abgeordnete versicherte, dass Kairo „dem Druck der USA nicht nachgeben“ und seine Politik nicht Washington zu Gefallen ändern werde. Ägypten wolle die Zusammenarbeit mit Russland im Rüstungsbereich und beim Informationsaustausch fortsetzen sowie gemeinsame Übungen mit russischen Militärangehörigen durchführen.

„Ägypten ist ein Großstaat, der im Einklang mit den eigenen Interessen handelt und kein Diktat von außen akzeptiert“, betonte Al-Kidwani.

Zuvor hatte das US-Außenministerium Ägypten mit Sanktionen gedroht, falls dieses Land Kampfflugzeuge vom Typ Su-35 in Russland erwerben sollte. Wie der russische Militärexperte Igor Korotschenko in einem Kommentar für die Zeitung „Vzgljad“ sagte, zeugt dieses Verhalten von der Unfähigkeit der USA, einen fairen Konkurrenzkampf mit russischer Militärtechnik zu führen.

abends:

de.sputniknews.com: **USA wollen Kampf gegen Nord Stream 2 in Verteidigungshaushalt aufnehmen**

Washington drängt erneut auf Sanktionen, um die Gaspipeline Nord Stream 2 auf Eis zu legen. Die Strafmaßnahmen sind vom US-Kongress in den Entwurf des so genannten National Defense Authorization Act (NDAA) aufgenommen worden, teilte Jim Risch, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat, dem US-Magazin „Defense News“ mit.

Der Vorschlag setzt laut dem Bericht ein starkes Zeichen, die Abgeordneten im Repräsentantenhaus und Senat müssen aber noch zu einer endgültigen Einigung kommen. Die Zeit für den Vorstoß wird immer knapper: „Vieles von Nord Stream ist bereits getan“, sagte Risch am Rande des Sicherheitsforums im kanadischen Halifax. Die Sanktionen würden die beteiligten Baufirmen davon überzeugen, ihre Arbeit einzustellen.

„Es wird sie sehr viel kosten. Ich denke, wenn diese Sanktionen verabschiedet werden, werden sie (die Unternehmen – Anm. d. Red.) schließen, und ich denke, die Russen werden nach einem anderen Weg suchen müssen, um dies zu erreichen, wenn sie es können“, sagte Risch.

Reaktion aus Moskau

Die USA versuchen damit nach Einschätzung des Abgeordneten im russischen Föderationsrat, Andrej Klimow, nicht nur Russland selbst, sondern auch die Europäische Union als wirtschaftlichen Konkurrenten zu schwächen.

In Europa habe sich bereits das Verständnis durchgesetzt, dass sich die neuen Sanktionen grundsätzlich nicht gegen Moskau richten.

Senator Wladimir Dschabarow sieht die US-Pläne als Teil eines Wettbewerbsbetrugs:

„Nord Stream 2 hat nichts mit den Sicherheitsfragen in den USA sowie ihrer Verteidigungskapazität zu tun. Man will US-amerikanisches Gas aufzwingen, das wesentlich teurer ist.“

Nord Stream 2

Das Projekt Nord Stream 2 sieht die Verlegung einer Pipeline vor, die das russische Gas über den Meeresgrund der Ostsee direkt nach Deutschland leitet. Die Inbetriebnahme war bis Ende 2019 geplant.

Die Gasleitung soll durch die Territorialgewässer und die ausschließlichen Wirtschaftszonen der Ostseeanrainer — Russland, Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland – führen.

de.sputniknews.com: **Türkei will russische S-400 als „Stand-Alone-Systeme“ einsetzen**

Die Türkei will laut Verteidigungsminister Hulusi Akar die russischen Raketenabwehrsysteme des Typs S-400 autonom einsetzen und sie in keinsten Weise in die Nato-Infrastruktur einbinden.

Ihre Indienststellung solle „im Modus eines Stand-Alone-Systems“ erfolgen, so der Minister. „Wir erklären von Anfang an, dass die S-400 unabhängig funktionieren werden“, sagte Akar in einem Interview mit dem katarischen Fernsehsender „Al Jazeera“.

Er betonte zudem die große Bedeutung der S-400-Systeme als Mechanismus für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und Verteidigung der Türkei.

Akar warnte weiter mit Blick auf die amerikanischen F-35-Jets, die Türkei werde Alternativangebote berücksichtigen, sollten diese nicht geliefert werden.

Einsatz unter Sanktionsandrohung

Der Leiter des türkischen Sekretariats der Verteidigungsindustrie, Ismail Demir, hatte zuvor erklärt, die Türkei werde die von Russland erworbenen S-400-Luftabwehrsysteme trotz der Androhung von US-Sanktionen einsetzen. Es sei aus seiner Sicht unlogisch, S-400 zu kaufen und nicht zu nutzen. Russisches Personal werde nicht in ihren Betrieb einbezogen, diese Systeme würden keine Bedrohung für die Nato darstellen, sagte Demir dem TV-Sender CNN Turk.

S-400-Lieferung an Ankara

Der russisch-türkische Deal zum Kauf von Flugabwehrraketensystemen S-400 hatte zu einem Streit zwischen Ankara und Washington geführt.

Die USA forderten die Türken auf, den Deal mit den Russen fallen zu lassen und statt S-400 US-amerikanische Patriot-Raketen zu kaufen. Ankara weigerte sich. Daraufhin wurde die Türkei vom F-35-Programm ausgeschlossen.

Laut Präsident Recep Tayyip Erdogan werden die S-400 im April nächsten Jahres voll einsatzbereit sein.